

Der Regierung auf den Zahn gefühlt

Die Abgeordneten haben zahlreiche Detailfragen zur Tätigkeit von Regierung und Landesverwaltung gestellt.

Bettina Stahl-Frick

Der Landtag hat sich gestern mit dem rund 500-seitigen Rechenschaftsbericht der Regierung befasst. Dieser gibt Auskunft über die Tätigkeiten der Regierung, der Landesverwaltung und der Gerichte. Dabei haben die Abgeordneten der Regierung auf den Zahn gefühlt und zahlreiche Detailfragen an die einzelnen Regierungsräte gestellt. Im Folgenden ein Auszug über ausgewählte Themenbereiche.

Präsidiales und Finanzen

Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz möchte wissen, weshalb bei der Landesverwaltung mit einem Personalbestand von rund 400 Mitarbeitern nur mit sieben Lernenden ein Lehrvertrag abgeschlossen werden konnte. Darauf antwortet Regierungschef Adrian Hasler: «Für die Landesverwaltung ist es wichtig, für junge Menschen eine Lehrstelle anzubieten. Derzeit bildet die Landesverwaltung 19 Lernende in vier Bereichen aus. Damit bewegt sie sich in einer Ausbildungsgrösse wie die Landesbank oder die Hilcona und nimmt ihren Auftrag, junge Menschen auszubilden, somit wahr.»

Thomas Rehak von der Neuen Fraktion bedauert, dass die Anfragen und Hilfeleistungen der Beratungs- und Beschwerdestelle nicht statistisch erfasst werden. Regierungschef Adrian Hasler antwortet, dass die sta-



Der Landtag hat gestern den Rechenschaftsbericht behandelt.

Bild: Daniel Schwendener

tistische Erfassung nicht ganz einfach sei, da es sich oftmals nur um kleine Anfragen handle. Er werde dies aber nochmals prüfen lassen.

Äusseres, Justiz und Kultur

Der FL-Abgeordnete Thomas Lageder erkundigt sich bei der Regierung, wann Liechtenstein den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen unterzeichnen möchte. Die zuständige Ministerin Katrin Eggenberger ist überzeugt, dass eine Ratifikation sinnvoll ist: «Liechtenstein steht hinter den Zielen dieses Vertrags.» Allerdings beinhaltet der Vertrag auch zoll-

vertragsrelevante Bestimmungen. Der Schweizer Bundesrat möchte noch dieses Jahr eine Standortbestimmung abschliessen. Danach könne auch Liechtenstein die Situation konkret beurteilen.

Gesellschaft

Im vergangenen Jahr hat die Kinder- und Jugendhilfe in 28 Prozent der Fälle Kinder unter fünf Jahren betreut. «Diese Zahl stimmt mich sehr nachdenklich», so die FBP-Abgeordnete Susanne Eberle-Strub. Die Abgeordnete erkundigt sich nach den Gründen und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini

gibt einen allgemeinen Überblick: In 90 Fällen sei es um eine Vaterschaftsanerkennung gegangen, in 47 ging es um eine Stellungnahme bezüglich Obsorgen, 13 Mal war die Finanzierung einer Tagesbetreuung das Thema, bei sieben Kindern ging es um die Festlegung des Unterhalts und in einem Fall lag eine Adoption vor.

Der VU-Abgeordnete Günter Vogt erkundigt sich nach der Landesgesundheitskommission. Mittlerweile sei die Kommission bestellt und auch die Mitglieder wurden bereits ernannt. «Gibt es für die Kommission

konkrete Zielsetzungen?» Dazu Mauro Pedrazzini: «Ja, wir wollen die Kommission damit betrauen, zwei Themenblöcke zu bearbeiten. Zum einen gehe es dabei um die Kompetenzregelung in Gesundheitsberufen, zum anderen um Reformvorschläge im Rahmen von Covid-19. Erst aber müsse die Regierung Letzteres aufarbeiten, um zu lernen, was im Gesundheitswesen dahingehend verändert werden kann und muss.»

Thomas Lageder interessiert sich für die Aufgaben des Tierschutzbeauftragten, der rund 500 Kilometer von Liechtenstein entfernt wohnhaft ist. Mauro Pedrazzini verweist auf das entsprechende Gesetz und fasst kurz zusammen: «Ein Tierschutzbeauftragter setzt sich für die Interessen des Tieres ein.»

Inneres, Bildung, Umwelt

Der FBP-Abgeordnete Daniel Oehry möchte von der Regierung wissen, wann die aktuelle Bildungsstrategie vorliegen wird. Wie Bildungsministerin Dominique Hasler berichtet, hat ein erster Workshop mit verschiedensten Vertretern bereits stattgefunden. Das Ziel ist, gemeinsam eine Strategie für die Zukunft zu skizzieren und dabei die Impulse aller Beteiligten einfließen zu lassen. «Hinter uns liegen intensive Monate der Weiterverarbeitung», so die Bildungsministerin. Geplant sei nun ein zweiter Workshop, um alle Inputs nochmals zu spiegeln. Dieser zweite Workshop

konnte bislang aufgrund der Coronakrise noch nicht stattfinden. «Wir werden prüfen, wie sich eine letzte Feedback-Runde webbasiert ermöglichen und schliesslich auch realisieren lässt.»

Der FL-Abgeordnete Thomas Lageder spricht die Klimavision und den agrarpolitischen Bericht an. Insbesondere das Naturschutzgebiet im Ruggeller Riet und die Schutzwälder befänden sich in einem «debakulösen Zustand». Daher empfehle er der Bildungsministerin, sich die entsprechenden Vorgaben in einer täglichen Nachtlecture zu Gemüte zu führen. Denn, wie Lageder sagt: «The ox is on the böm!»

«Diese Seiten muss ich nicht lesen, was ich nachts aber oftmals lese, das sind die damit zusammenhängenden Dossiers», entgegnet die Bildungsministerin. Denn diese hätten höchste Priorität. «Mit allen Kräften wird versucht, an diesen strategischen Zielen zu arbeiten.»

Infrastruktur, Wirtschaft, Sport

Thomas Lageder, FL-Abgeordneter, erkundigt sich bei der Regierung, wie viele Casinos derzeit in Liechtenstein geplant sind. Wie Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch sagt, sind zu den bestehenden Casinos zwei weitere in Planung, an den Standorten Schaan und Balzers. Es gebe noch ein weiteres Gesuch, wie er sagt, vielleicht auch zwei.

OKP-Staatsbeitrag bleibt bei 33 Millionen Franken

Bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) gibt es gemäss Bericht und Antrag der Regierung folgende «einfache Faustregel»: Jede Million, welche der Staat zur Verfügung stellt, senkt die monatliche Prämie um 2,5 Franken, somit werden den Einwohnern pro Jahr 30 Franken weniger belastet. Im Juni 2019 wurde der Staatsbeitrag auf einen Antrag der VU hin von 29 Millionen auf 33 Millionen Franken erhöht. Genau dieselbe Summe forderte die Regierung gestern für das Jahr 2021. Dem pflichtete Manfred Kaufmann (VU) bei, welcher als Fraktions-sprecher die Erklärung vorlas: «Nicht zuletzt auch deshalb, damit für Investitionen in allfällige zielgerichtete Massnahmen zur Stabilisierung der Gesundheitskosten die nötigen Finanzen bereitgestellt werden können.»

Neben der Regierung reichten auch Johannes Kaiser (FBP) und Thomas Lageder (FL) Anträge ein, die höhere Summen anstrebten. Letzterer wollte den Beitrag auf 57 Millionen erhöhen oder zumindest auf 35 Millionen, falls der Landtag seinen ersten Antrag ablehnt. Kaiser wollte hingegen 53 Millio-

nen und erklärte: «Der Ausgangspunkt hierfür ist die Möglichkeit, dass im November-Landtag 20 Millionen Franken in die AHV eingeschossen werden.» Dann muss Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini Lösungen präsentieren, wie der AHV-Fonds bis Ende 2039 wieder fünf Jahresausgaben abdeckt. Beim OKP-Staatsbeitrag wären die 20 Millionen Kaisers Meinung nach jedoch besser angelegt, weil das Geld dort vollumfänglich den Einwohnern zugutekomme und nicht rund sieben Millionen Franken über die Pendler ins Ausland wandern. «Von dieser Variante profitieren Familien, Rentner und vier Fünftel der Arbeitnehmer im Land, weil sie eine tiefere Krankenkassenprämie zahlen müssen», argumentierte der FBP-Abgeordnete.

Gesundheitsminister will kein Geld ausgeben

Thomas Rehak (NF) ortete hinter Kaisers Antrag ein Wahlkampfeschenck. Sein Fraktionskollege Herbert Elkuch sah darin eine Benachteiligung der ausländischen Arbeitnehmer, was womöglich dem EWR-Recht widerspreche. Thomas



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini möchte in der Rezession keine Erhöhung des OKP-Staatbeitrags.

Bild: Daniel Schwendener

Vogt wollte von Kaiser wissen, wie sich die zusätzlichen 20 Millionen Franken finanzieren lassen. Mehrere Abgeordnete

tadelten, dass man die Diskussionen über OKP und AHV nicht vermischen sollte. Auf Anfrage von Wendelin Lampert

(FBP), ob Regierungsrat Mauro Pedrazzini diesen Betrag lieber in die OKP oder in eine Stabilisierung der AHV investierte,

lautete seine Antwort weder noch. Angesichts der Coronakrise ermahnte er, vorsichtig mit dem Staatshaushalt umzugehen: «Wir stecken in einer Rezession und die Steuereinnahmen werden in den kommenden Jahren einige empfindliche Dämpfer bekommen.» Nach der Finanzkrise habe der Gesundheitsminister zweimal die Krankenkassenprämien erhöhen müssen, und das wolle er keinem seiner Nachfolger zumuten. Auch Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler betonte, dass er von den Anträgen zur Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags «rein gar nichts halte».

Es folgten nach einer gut einstündigen Debatte die Abstimmungen, wobei zuerst die höchste in den Raum geworfene Summe an der Reihe war und man sich dann nach unten arbeitete. Lageders Anträge erhielten jeweils drei Jastimmen, jener von Kaiser fünf Jastimmen. Einhellige Zustimmung erhielt schliesslich der Regierungsantrag, womit der OKP-Staatsbeitrag wie im Vorjahr bei 33 Millionen Franken bleibt.

Gary Kaufmann